



Antrag

der Fraktionen **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**

Tierhaltung zukunftsfähig machen, tierwohlgerechte Umbauten erleichtern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:

- Eine verpflichtende Haltungskennzeichnung eingeführt und zusätzliche Finanzierungsinstrumente zur Bewältigung der Kosten für den Umbau der Tierhaltung etabliert werden.
- Die Bundesregierung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und darüber hinaus einheitliche Tierwohl-Mindeststandards und eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung in der Tierhaltung auf EU-Ebene erreicht.
- Die Bundesregierung europarechtskonforme Regelungen vornimmt, die sicherstellen, dass nur solche tierischen Produkte auf den deutschen Markt kommen, deren Herkunft und Haltung gekennzeichnet sind und deren Haltung den deutschen gesetzlichen Tierwohl-Mindeststandards entspricht.
- Die Bundesregierung einen Gesetzentwurf mit dem Ziel vorlegt, den Umbau von Ställen zu erleichtern, bei denen mit den Umbaumaßnahmen eine deutliche Verbesserung von Tierschutz und Tierwohl oberhalb des gesetzlichen Standards erreicht wird. Zu diesem Zweck sollte auch das Bundesimmissionsschutzgesetz und die zugehörige Verordnung so angepasst werden, dass bei derartigen Umbaumaßnahmen das Erfordernis einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung künftig grundsätzlich entfallen kann, wenn die Umbauten den räumlichen und funktionalen Zusammenhang der Tierhaltung nicht grundlegend verändern und mit der Maßnahme ein Tierwohl- und Tierschutzstandard deutlich oberhalb der gesetzlichen

Standards erreicht werden soll. Dabei sollte innerhalb der Maßnahme die Größe des bisherigen Tierbestandes unverändert bleiben oder kleiner werden.

Heiner Rickers
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion